

schnittsprozentsatz das Bild verschleiert. Diese Tatsache soll im folgenden am Beispiel der Erzdiözese Wien, in der fast ein Viertel aller österreichischen Priester tätig ist, und an besonders auffälligen Ergebnissen dargestellt werden.

Starkes Generationsgefälle

Was die Hilfe verschiedener Umstände in der Berufsausübung betrifft, so ergeben sich zwischen *älteren* (über 61 Jahren) und *jüngeren* (unter 32 Jahren) Priestern besonders bedeutsame Unterschiede. Die Ehelosigkeit des Priesters wird von 80% der älteren, aber nur von 41% der jüngeren Priester als hilfreich empfunden. Für 64% der älteren war die Ausbildung im Seminar eine Hilfe zur Bewältigung ihres Berufes, aber nur für 18% der jüngeren Priester. Die Ordnung im priesterlichen Lebensvollzug schätzen 81% der älteren Priester, aber nur 27% der jüngeren als positiv für ihren Beruf ein.

Auch im *Amtsverständnis* zeigen sich eindeutige Verschiebungen in den Auffassungen von den älteren zu den jüngeren Priestern hin: 80% der unter 32jährigen, aber nur 49% der über 61jährigen sind für die Weihe verheirateter Männer zu Priestern. Ein Priesteramt auf Zeit sehen bereits 40 Prozent der jüngeren, aber erst 11% der älteren Priester für möglich an. Ebenso wenig (14%) aus der Gruppe der Älteren treten für den nebenberuflichen Priester ein, während dieser Frage 67% der Jüngeren positiv gegenüberstehen.

Die Frage der Wichtigkeit offizieller kirchlicher Auffassungen bzw. der zunehmenden Bedeutung der Gemeinde für den Priester läßt sich ebenfalls durch eine altersspezifische Aufgliederung der Antworten deutlich machen. Von den Priestern über 61 Jahren orientieren sich 78% an offiziellen Auffassungen der Kirche, aber nur 37% von den unter 32jährigen; während nur 15% der älteren Priester die Gemeinde als Orientierungsmaßstab angeben, sind es bei den jüngeren bereits 44%. Besonders auffallend werden die Altersunterschiede dort, wo es um den Lebensstil und die Persönlichkeit des Priesters geht. 81% der älteren Priester bezeichnen das tägliche Breviergebet als sehr wichtig; bei den Jüngeren vertreten nur mehr 23% diese Auffassung. Die Beurteilung des Zölibats in seiner Bedeutung für das persönliche reli-

giöse Leben ist gleichfalls stark altersabhängig. Auf die Feststellung: „Die Ehelosigkeit erschließt den Priestern die Möglichkeit einer tieferen Verbindung mit Christus“, reagieren 88% der Priester über 61 Jahren, aber nur 42% derer unter 32 mit Zustimmung. Dementsprechend vertreten 81% der Älteren die Ansicht, daß ihnen die Menschen auf Grund des Zölibats mehr Vertrauen entgegenbringen, während nur 35% der Jüngeren diese Meinung teilen.

Ausgliederung kirchlicher Dienste?

Aus diesen Meinungsunterschieden nach Altersgruppen läßt sich im ganzen eine ziemlich *radikale Verschiebung* der Meinungen zur Priesterfrage in den nächsten Jahren vermuten. Um so mehr wird die offizielle Haltung der Kirche, die die Bischofs-

synode bestätigt hat, auch in Österreich zu einem weiteren Rückgang der Priesterberufe führen. Die österreichischen Bischöfe geben sich über diese Tatsache keinen Illusionen hin. Bischof Weber, der der österreichischen Bischofskonferenz auf ihrer Herbstsitzung (8.—10.11.71) über die römische Bischofssynode berichtete, deutete bereits die Konsequenzen an: Es müßten nunmehr weitere Mitarbeiter, etwa Diakone und Pastoralassistenten, für den kirchlichen Dienst gewonnen werden. Auch das große Potential der *Laientheologen* müsse in die personelle Planung der Kirche miteinbezogen werden. Die Ergebnisse der Synode bedeuteten nach Weber, daß der Kirche nicht daran gelegen sei, den Priesterangel um jeden Preis aufzufüllen. Vielmehr würden nun für eine größere Verantwortung des ganzen Gottesvolkes ganz neue Perspektiven eröffnet.

Was wird aus der Berliner Konferenz?

Die jüngste Tagung der „*Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten*“ (BK) vom 19. bis 21. November in Ost-Berlin hat die Aufmerksamkeit erneut auf jene merkwürdige katholische Aktivität in der DDR gelenkt, deren Stellenwert aus der Entfernung schwer zu schätzen ist. Man ist geneigt, die BK als das katholische Pendant zur „*Christlichen Friedenskonferenz*“ (CFK) zu sehen, die ja seit etwa anderthalb Jahrzehnten bemüht ist, die Friedensdiskussion auf christlicher Plattform aus dem kommunistischen Machtbereich nach Westen zu tragen. Dabei ließ sich die CFK lange Zeit von östlicher politischer Friedensideologie, gepaart mit einer recht utopischen Komponente des sozialistischen Pazifismus, leiten, ehe der Einmarsch der Sowjets und ihrer Verbündeten in Prag den leitenden Männern der „*Friedenskonferenz*“ die Augen öffnete.

Das Beispiel der Prager Friedenskonferenz

Seit dem Herbst 1968 ist die „*Christliche Friedenskonferenz*“ aus der Krise nicht herausgekommen. Wertvolle und z. T. profilierte Mitarbeiter in verschiedenen westeuropäischen Staaten zogen sich zurück. Schwerwiegende Verstöße gegen Grund-

prinzipien der demokratischen Leitung in der Spitze, in deren Verlauf sich besonders der Leningrader Metropolit *Nikodim* als der eigentliche Drahtzieher sowjetischer Politik erwies, führten zur Selbstaflösung bzw. Zersplitterung regionaler Sektionen der CFK, u. a. auch in der Bundesrepublik (vgl. HK, November 1971, 549).

In diesen Wochen macht die stark umgruppierte Spitze der „*Friedenskonferenz*“ mit *Nikodim* als „*neugewählten*“ Präsidenten zwar den Versuch eines neuen Starts. Ca. 200 Anhänger aus einer Reihe europäischer Länder, aber auch aus afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten versammelten sich Ende Oktober in Prag, dem Ursprungsort der CFK, um dort die Richtlinien für die weitere Aktivität festzulegen. Dabei wurde der ungarische methodistische Pfarrer *Dr. Totb* zum Generalsekretär gewählt. Auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin in der letzten Novemberwoche erklärte er, die Organisation wolle die offene Diskussion, die seit je ein Kennzeichen der CFK gewesen sei, fortsetzen.

Die freie, offene Diskussion aber kennzeichnete von Anfang an nicht die Beratungen der „*Friedenskonferenz*“, die Politikern kommu-

nistischer Staaten nur so lange willkommen war, als sie ihre Friedensproklamationen synchron schaltete mit den Vorstellungen sowjetischer Friedenspolitik oder was sich dafür halten mochte. Als sich Prof. *Hromadka*, der frühere Vorsitzende der CFK, im August 1968 beschwörend an die Sowjets wandte, ihre Truppen unverzüglich aus der ČSSR abzuziehen, kam es zum Bruch. Die „Christliche Friedenskonferenz“ sah sich in ihren Prinzipien von Frieden und Koexistenz desavouiert. Wer es hinfort auf den Zusammenkünften auch nur wagte, im Zusammenhang mit der prinzipiellen Forderung nach Frieden auf die Invasion hinzuweisen, wurde geächtet und beschimpft.

Welche Ziele verfolgt die BK?

Eine ähnliche, wenngleich nicht ebenso scharfe Zäsur schuf der 21. August 1968 und was darauf folgte für die erst vier Jahre alte „Berliner Konferenz“. Gegründet auf dem Bekenntnis zur Enzyklika Papst Johannes' XXIII. „Pacem in terris“, geriet die katholische Variante christlichen Friedensengagements mit kommunistischen Vorzeichen an den Rand ihrer ohnehin schwachen Existenz. Ihre Glaubwürdigkeit war durch den sowjetischen Terror, den die DDR mit eigenen Truppenkontingenten unterstützte, besonders bei ihren Freunden im Westen stark erschüttert. Es kam zu Protesten, Rücktritten und schweren Verstimmungen. O. H. *Fuchs* (51), Initiator des Unternehmens und Präsident des „Internationalen Fortsetzungsausschusses“ (IFA), hatte größte Mühe, die BK zusammenzuhalten. Dabei mußte es ihm darauf ankommen, vor allem die Kontakte zu *Sympathisanten* im Westen zu erhalten oder sogar neue zu knüpfen. Denn ohne diesen Rückhalt wäre dem Ostberliner Regime die Aktivität der „Berliner Konferenz“ völlig illusorisch erschienen.

Welche Ziele verfolgt nun eigentlich die „Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten“? Es handelt sich hier zunächst nicht um eine feste Organisation, sondern um einen losen Zusammenschluß, dessen harter Kern in einem Kreis katholischer Mitglieder der Ost-CDU zu suchen ist. Ihr Auftrag besteht zweifellos darin, über ein internationales Gremium von katholischen Persönlichkeiten einerseits die Katholiken in der DDR für die Außenpoli-

tik der Regierung zu gewinnen, andererseits nach außen den Eindruck zu vermitteln, daß in dem unter kommunistischer Herrschaft stehenden Teil Deutschlands die Religionsfreiheit praktiziert wird.

Zu diesem Zweck suchte man zunächst *Kontakte im Osten*. Dazu zählen die polnische PAX-Vereinigung ebenso wie die tschechoslowakischen Friedenspriester, die sich neuerdings in einer Bewegung mit dem Namen „Pacem in terris“ zusammengeschlossen haben (vgl. HK, März 1971, 114). Hinzu kommen ungarische Mitglieder des linkskatholischen „Opus Pacis“, ferner litauische Geistliche, die auf den Konferenzen die Sowjetunion repräsentieren. Die polnische Gruppe ZNAK hält sich seit Jahren zurück.

Die Sympathisanten im Westen

Ungleich differenzierter setzen sich die Teilnehmer an den etwa alle zwei Jahre stattfindenden Plenarversammlungen der BK aus Westeuropa oder, wie es in östlicher Terminologie heißt, aus den kapitalistischen Staaten zusammen: Da erscheinen Pazifisten und Arbeiterpriester, engagierte linkskatholische Studenten, hin und wieder Mitglieder des „Kritischen Katholizismus“ der Bundesrepublik, katholische Sozialisten aus Italien, Gewerkschaftsführer aus Großbritannien, spanische Rebellen und niederländische Professoren, die in der Friedensforschung tätig sind. Hinzu kommen mehr oder weniger inoffizielle Beobachter der Pax Christi und unbekannte „Schlachtenbummler“ aus Island, Malta oder Schweden, die hauptsächlich die Länderliste quantitativ erweitern sollen.

Den *Schwerpunkt der Aktivität* bilden die Plenartagungen, von denen jetzt im Ostberliner Haus der Volkskammer die vierte seit Gründung der BK im Jahr 1964 stattfand. Sie werden vom IFA sowie von „Internationalen Arbeitsgruppen“, die einmal in einem östlichen, ein andermal in einem westeuropäischen Land tagen, thematisch vorbereitet. Diesmal befaßte man sich mit Fragen der europäischen Sicherheit und der Erhaltung des Weltfriedens. Von vornherein war jedem kundigen Beobachter klar, daß dieser Versammlung sowohl die nötige Sachkunde als auch der ernsthafte Wille fehlte, eine derart umfangreiche und komplizierte Materie auch nur ansatzweise zu be-

wältigen. Es ging vornehmlich um *Akklamation* zu der von Moskau seit langem geforderten Sicherheitskonferenz. Erwartungsgemäß war dies denn auch der Tenor einer der beiden Entschließungen, die von den 200 „Delegierten“ verabschiedet wurden. Die andere Resolution enthielt Stellungnahmen zu fast allen Unruheherden in der Welt, Vietnam, über Nahost und Irland, Bangla Desh usw. Portugal müsse seine „Kolonialkriege“ einstellen, und in Südafrika habe die der Menschenwürde widersprechende Apartheid der Gleichberechtigung der Rassen zu weichen. Man wandte sich gegen die „faschistischen Regime in Spanien, Portugal und Griechenland“ und verurteilte Kolonialismus und Neokolonialismus. Schließlich war in der Resolution von allgemeiner Abrüstung und der Schaffung atomwaffenfreier Zonen die Rede.

Diese Ansammlung von Postulaten, die niemand ernstlich etwas abverlangen, verbreitete dann auch im „Haus der Volkskammer“ jene Langeweile, die für Kongresse dieser Art typisch ist. Interessant wurde es erst dort, wo Forderungen vorgetragen wurden, die für die Teilnehmer aus den Ostblockstaaten Sprengstoff enthielten: So kam es beispielsweise zu lebhaften *Kontroversen* über die Frage, welche konkreten Schritte friedensfördernd seien und daher unverzüglich von den Konferenzteilnehmern — von jedem in seinem Land — zu fördern oder zu fordern wären. Dazu gehört u. a. das Thema Waffenlieferungen. Die Entschließung spricht nur vom „Ende des Waffenhandels um des Profits willen“. Daß die Sowjetunion der zweitgrößte Waffenlieferant nach den USA ist, nun, man hätte es sagen müssen.

Ein französischer Teilnehmer wies nachdrücklich darauf hin, daß der *Ost-West-Konflikt* immer unwichtiger werde und von dem ungleich wesentlicheren und gefährlicheren *Nord-Süd-Gegensatz* der Industriestaaten gegenüber den unterentwickelten Ländern verdrängt werde. Derartige „westliche“ Thesen wurden unverzüglich von den ideologisch geschulten Funktionären aus der DDR zurückgewiesen, die die Anwesenden darüber belehrten, daß es nur einen gravierenden Gegensatz in der Welt gebe, den zwischen Sozialismus und Kapitalismus bzw. Imperialismus. Wer in solchen Fragen auf die freie Diskussion gehofft ha-

ben mochte, wurde enttäuscht. Die Berliner „Spielwiese“ war scharf gegen das politische Minenfeld abgegrenzt.

Position geschwächt?

Im Westen, besonders auch in einzelnen Gruppen der Pax Christi, wird immer wieder die Frage gestellt, ob es sich lohnt, in der BK mitzuarbeiten. Gewiß sind die persönlichen Begegnungen am Rande der Zusammenkünfte wertvoll. Vielfach haben sich Freundschaften hinüber und herüber entwickelt, die für beide Seiten von weittragender Bedeutung sein können. Soll man im Zeitalter der von E. Honecker geförderten *Abgrenzung* selbst zur Abgrenzung mit beitragen oder sie nicht vielmehr durch Teilnahme an solchen Konferenzen unterlaufen? Eine schwierige Frage, die nicht mit Ja oder Nein beantwortet werden kann.

Bekannt ist, daß die katholische Hierarchie der DDR, daß vor allem Kardinal Bengsch die „Berliner Konferenz“ scharf ablehnt. Die Aktivität der kleinen Outsider-Gruppe wird ausgesprochen hinderlich, ja kirchenfeindlich empfunden. Die Art von Ausgleich mit dem Sozialismus, die die BK empfiehlt, hält die Hierarchie

und mit ihr der weitaus größte Teil der Katholiken in der DDR für verfehlt. Zwar wünscht man keinen Kirchenkampf, aber von den Ideen der BK wird eine „Laisierung“ und Politisierung der Kirche befürchtet, die sie in ihrer Substanz schwächen würden. Freilich, nicht alles, was die BK in den innerkirchlichen Dialog einbringt, ist so negativ zu beurteilen, wie dies kirchlicherseits häufig geschieht. Die Bischöfe werden sich so oder so spätestens auf der Pastoral-synode aller Jurisdiktionsbezirke der DDR im kommenden Jahr damit auseinandersetzen müssen.

Eine andere Frage dürfte die BK stärker bedrängen: Wird das Regime weiterhin an diesem Instrument seiner Politik interessiert bleiben? Beobachter wollen Anzeichen dafür sehen, daß sich aus Honeckers Abgrenzungsideologie Konsequenzen ergeben könnten, die das Schicksal der BK schon in Kürze besiegeln. Der SED-Chef wird zu diesem schwierigen Komplex gewiß das Votum seiner Verbündeten, die ja seit 7 Jahren ihre Delegationen zu den Veranstaltungen der BK entsenden, einholen. Erst eine solche Bilanz wird den Kommunisten zeigen, ob die umstrittene katholische Plattform weiterhin für sie interessant oder entbehrlich ist.

versammlung überarbeiten und als verbindliche Beschlüsse der Bischofskonferenz formulieren soll. Als Leiter der Kommission wurden Erzbischof J. Pont y Gol von Tarragona und Bischof J. Méndez Asensio von Tarazona ernannt.

Da sich seit kurzem die Mehrheitsverhältnisse im spanischen Episkopat zugunsten eines deutlichen Reformkurses verändert haben, ist zu erwarten, daß sich die „neue Linie“ der Klerusversammlung durchsetzen wird. Durch Beschluß der Bischofskonferenz erfolgte eine Veränderung des Abstimmungsstatuts. Diese besagt, daß in Zukunft den *Bischöfen im Rubestand* eine lediglich beratende Funktion in der Bischofskonferenz zukommt; das Stimmrecht wird nur denjenigen unter ihnen eingeräumt, die mit speziellen Aufgaben betraut werden. Andererseits wurde den Weihbischöfen volles Stimmrecht zugesprochen. Damit verliert die „konservative“ Gruppe ca. 20 Stimmen, wogegen die erneuerungsfreudigere der jüngeren Bischöfe einen Zuwachs von ca. 16 Stimmen verzeichnen kann.

Dies scheint ein bedeutender Schritt im Ringen um den Einfluß in der spanischen Kirche zwischen Vatikan und Franco zu sein. Schon seit Jahren laufen die Verhandlungen um die Beseitigung des Privilegs des Staatschefs bei der *Ernennung* spanischer Bischöfe. Das Abkommen vom 4. 6. 1941 legt für die Besetzung der Bischofsstühle ein komplexes Verfahren fest, nach dem die Regierung dem Vatikan sechs Kandidaten vorlegt, von denen drei auszuwählen sind, wovon wiederum Franco einen dem Papst zur Ernennung designiert. Die pensionierten Bischöfe sind seinerzeit alle nach diesem Verfahren nominiert worden, wogegen die Weihbischöfe vom Vatikan direkt ernannt werden konnten, da sie in Art. 7 des Konkordats von 1953 nicht erwähnt sind. In den letzten Jahren ist diese *Umgebung* des Konkordats in der spanischen Kirche üblich geworden. Der Vatikan schritt immer wieder zur Ernennung von Weihbischöfen oder von Administratoren, wenn das langwierige Ernennungsverfahren in Zusammenarbeit mit dem Staat nicht zur Einigung auf einen Kandidaten führte, der beiden Seiten zusagt.

Ein weit größerer Durchbruch in den gespannten Beziehungen zwischen Vatikan und Franco muß in den neuen Bischofsernennungen vom 4. 12.

In Spanien setzen sich die Reformbischöfe durch

Die Ergebnisse der letzten *Vollversammlung der spanischen Bischofskonferenz* und die Neubesetzung der wichtigsten Bischofssitze, die am 4. 12. 1971, dem letzten Tag der Versammlung, offiziell bekanntgegeben wurde, scheinen den Durchbruch der nachkonziliaren Gruppe im spanischen Episkopat und eine konsequente Fortsetzung des unabhängigen Kurses in der spanischen Kirche zu bestätigen. Mit der *Klerusversammlung* (Asamblea Conjunta), die im September in Madrid stattgefunden hatte, waren erstmalig die Reformtendenzen der letzten Jahre in der Öffentlichkeit artikuliert worden (vgl. HK, Dezember 1971, 562). Die Versammlung, deren Mehrheitsbeschlüsse nur konsultativen Charakter besitzen, hatte sich für die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat und für die Revision des Konkordates ausgesprochen und gefordert, daß

sich die Vertreter der Kirche in Zukunft jeder politischen Funktion enthalten sollten.

Veränderungen in der Bischofskonferenz

Die Bischofskonferenz hat — entgegen den Aktionen einer regime-nahen Minderheit, die die Ergebnisse der Klerusversammlung als nicht repräsentative und daher unverbindliche Meinung einer unmaßgeblichen Minderheit darzustellen versuchten — ihre bereits ausgesprochene Billigung der Klerusversammlung Anfang Dezember offiziell bestätigt und sie als „positive und dynamische Tat der spanischen Kirche“ bezeichnet (ABC, 4. 12. 71; Ecclesia, 10. 12. 71). Die Bischöfe setzten eine *Kommission* ein, die bis zur nächsten Vollversammlung der Bischofskonferenz im Februar 1972 die Ergebnisse der Klerus-